

DGB Südwestsachsen zu den Auswirkungen der Wirtschaftskrise im Vogtland

PM Briefkopf
10.03.10

„Die Wirtschaftskrise hat mittlerweile auch im Vogtland starke Spuren hinterlassen. Von September 2008 bis Juni 2009 gingen im Arbeitsagenturbezirk Plauen rund 3.400 Arbeitsplätze verloren. Auch im Jahr 2010 wird der Jobabbau leider weiter voran schreiten. Wir befürchten, dass es in diesem Jahr noch einmal zum Abbau von ungefähr 2.000 sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen kommen wird. An die Arbeitgeber appellieren wir, alle Möglichkeiten der Beschäftigungssicherung zu nutzen, vor allem auch weiterhin die Regelungen zum Kurzarbeitergeld“, sagte die Regionsvorsitzende des DGB Südwestsachsen Sabine Zimmermann.

Den stärksten Rückgang bei den Arbeitsplätzen hat es im Vogtland im Bereich des verarbeitenden Gewerbe gegeben. Alleine hier gingen von 2008 zu 2009 knapp 1.500 Stellen verloren.

Im Zeitraum von 2008 zu 2009 sind auch zunehmend mehr Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer von Insolvenzen ihrer Betriebe betroffen gewesen. In Sachsen steigerte sich die Anzahl der Anträge auf Insolvenzgeld um knapp 30 Prozent, von 17.286 auf 22.192. Der DGB geht von einer weiteren Zunahme in diesem Jahr aus. Die bedeutendste und auch sehr bittere Insolvenz war in den letzten Monaten die der ENKA in Elsterberg. Hier deutet sich ein Problem an, dass nicht nur mit der Wirtschaftskrise erklärt werden kann, was zunehmend die Arbeitsplätze im Vogtland bedroht. Unternehmen bzw. ihre Anteilseigner schließen oder verlagern ihre Produktionsstandorte. Im Vordergrund steht hier das Gewinnstreben und die Profitgier der Anteilseigner. Nachhaltiges und vernünftiges unternehmerisches Denken geraten in den Hintergrund, wenn hochprofitable Betriebe wie die ENKA von heute auf morgen vom Aus bedroht sind. Eine ähnliche Problematik deutet sich bei der von der Schließung bedrohten NEMA in Netzschkau an, aber auch bei NEOPLAN in Plauen werden zumindest teilweise Verlagerungen geplant.

Ein Hauptproblem vieler ostdeutscher Betriebe, auch der im Vogtland, ist, dass die Standorte hier nach der Wende als verlängerte Werkbänke großer Unternehmen, mit Hauptsitz im Westen, geschaffen worden sind, im Regelfall ohne eigene Forschungs- und Entwicklungsbereiche. Im Zuge von Einsparungen trifft es deshalb vor allem die ostdeutschen Standorte, auch weil die Kolleginnen und Kollegen aus westdeutscher Perspektive ja später dazu gekommen sind. Immer öfter tritt beim Abbau von Arbeitsplätzen ein Ost-West-Konflikt zu Tage, bei dem der Osten im Regelfall den Kürzeren zieht.

„Die Situation im Vogtland ist dramatisch. Vor allem das verarbeitende Gewerbe ist enorm unter Druck. Viele Betriebe halten sich derzeit noch mit Kurzarbeit über Wasser. Im 3. Quartal 2009 nutzten 354 Betriebe Kurzarbeit. Im Jahre 2008 waren es lediglich 37. Bei fehlenden oder zu wenigen

PRESEMITTEILUNG

Aufträgen drohen aber Entlassungen. Die Bundesregierung muss deshalb unbedingt die Regelung zum Kurzarbeitergeld über 2010 hinaus verlängern. Was aber noch viel wichtiger für unsere Region, das Vogtland, ist, dass die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern, anfangen, um den Erhalt der Arbeitsplätze und der Unternehmen zu kämpfen. Die nächsten Monate werden sehr schwierig werden. Die Kundgebung der NEMA-Werker am Donnerstag in Netzschkau kann erst der Anfang im Kampf um die Arbeitsplätze im Vogtland sein“, meint die Gewerkschafterin.

Wir bitten um Veröffentlichung.

Sabine Zimmermann
Regionsvorsitzende, MdB